

# Neues aus dem Neckartal und aus der Region

**DIE LINKE.**

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf  
die-linke-rottenburg.de



Februar 2024

## Bundesweite Bauernproteste Industrielle oder Bio-Landwirtschaft?

In Deutschland haben die größten Bauernproteste seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stattgefunden. Auslöser war der Versuch der Bundesregierung, das „Loch“ im Haushalt 2024 wegen ungesetzlicher Umschichtungen und geringer Besteuerung der Superreichen durch massive Kürzungen zu stopfen.

Bei den Bauern sollen die Rückzahlung der Dieselsteuer für Landwirtschaftsfahrzeuge (besteht seit 1951) und die Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer (besteht seit 1922) gestrichen werden. Davon sind die Bauern unterschiedlich betroffen, je nach Vieh- oder Getreidewirtschaft, nach der Größe des Betriebs und je nach Entfernung der Äcker vom Hof.

### Vielfältige Konflikte

Doch die Ursachen der Krise in der Landwirtschaft liegen viel weiter zurück. In den letzten Jahren haben sich die Vorschriften für die Betriebe so stark gehäuft, dass manche Landwirte sogar zusätzliche Kräfte für den bürokratischen Aufwand einstellen mussten. In der Viehwirtschaft soll ab 2028 ein Verbot der Anbindung von Milchkühen eingeführt werden, so dass mit großem finanziellen Aufwand Lauf-

ställe gebaut werden müssen. Da sind die erhöhten Preise für Energie, Düngemittel und Futtermittel noch gar nicht berücksichtigt. Auf den Feldern muss eine Brache von vier Prozent vorgehalten werden. Die jahrelang erarbeiteten konkreten Reform-Vorschläge der Borchert-Kommission wurden nicht umgesetzt und führten zum Rücktritt der Kommission.



Heftige Konflikte gibt es um landwirtschaftliche Flächen, besonders in den neuen Bundesländern durch die Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) aus DDR-Zeiten. Die Flächen wurden häufig von Großinvestoren aufgekauft, deren Ziel kurzfristige Profitmaximierung statt langfristiger Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln

war. „Wenn jetzt Ackerpreise bei 150 bis 300 Euro pro Hektar liegen, dann treiben Investoren von Biogasanlagen den Preis schnell auf 700 Euro und Photovoltaikanleger auf 2.000 Euro pro Hektar hoch. Ein kleiner Bauer könne sich das nicht mehr leisten, und auch kein Jungbauer. Doch ohne Boden gibt es keine Landwirtschaft!“ so Oliver Diehl von der Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft (AbL) Hessen.

Zudem werden die EU-Subventionen nach Fläche und nicht nach ökologischer Qualität gezahlt, so dass Großbauern dies maximal ausnutzen und das Höfesterben von Klein- und Mittelbauern beschleunigt wird. Zuletzt stehen die Landwirte zwischen den Konzernen für Nahrungsmittelproduktion und dem Großhandel, der sich in Deutschland auf vier Unternehmen (Edeka, Lidl/Kaufland - gehörend zur Schwarz-Gruppe - und ALDI: Marktanteil 85 Prozent) konzentriert und der mit seiner Macht die Abnehmerpreise diktiert.

### Höfesterben im Landkreis

2022 wurden im Landkreis Tübingen rund 19.900 ha bewirtschaftet durch 417 Betriebe, nur 74 davon im Haupt-

Und weiter:

**S21 - Bahn-Infarkt bei geringsten Störungen Seite 3**

**Haushaltsrede DIE LINKE Seite 5**

**Verarmungspolitik der FDP stoppen Seite 7**

**„Digitalisierung“ der Grundschulen am Ende? Seite 11**



Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer die Stadt!

Haupterwerb - gut 15.200 konventionell und 4.700 ha ökologisch. Weil nach neuen Richtlinien vier Prozent der Fläche als Brache ungenutzt liegen müssen, wurden 317 ha stillgelegt, 30 Höfe gaben 2018-2022 auf. Bundesweit haben Landwirte rund 36.000 Höfe aufgegeben (2010-2020) und die Großbetriebe um 15 Prozent zugenommen.

Unterstützung haben die Landwirte von den Stadtverwaltungen und vom Landkreis für eine biologische Landwirtschaft nicht erhalten. Im Gegenteil: In Rottenburg ließ die Stadtverwaltung sieben Jahre lang den Antrag der Regionalen BIOLAND-Erzeugergemeinschaft GmbH (Rebio) zum Aufstellen von weiteren Silos für die unterschiedlichen Getreidesorten unbearbeitet liegen, 200 Getreidebauern sind davon abhängig. Die Schließung des Schlachthofes in Rottenburg hätte zur Aufgabe vieler Höfe und zur Krise der Streuobstwiesen (Schafzucht) geführt. – **Der Bürgerentscheid hat das verhindert!**

### Forderungen der Bauernverbände

So unterschiedlich die Gemengelage und die Probleme für den einzelnen Landwirt sind, so unterschiedlich sind die Forderungen der Bauernverbände. Der Deutsche Bauernverband mit seinen 270.000 Mitgliedern organisierte eine ganze Aktionswoche mit Höhepunkt gegen die Bundesregierung in Berlin und forderte die Rücknahme der Kürzungen im Haushalt.

Viele Landwirte waren nicht zufrieden, weil sie eine grundsätzliche Änderung der Agrarpolitik verlangen und dies nicht auf gekürzte Subventionen beschränken wollen. Außerdem wandten sie sich wie Bio-Landwirt Wizemann (Tübingen) gegen die ungenügende Abgrenzung gegen rechtspopulistische Unterwanderung, besonders durch die

AfD. Diese tritt für die Streichung der Agrarsubventionen und gegen jegliche Umweltauflagen ein, wie auch die Organisation „Land schafft Verbindung“ leugnet sie den menschengemachten Klimawandel.



Foto: N. Kern

Diese Regierung stellt alles auf den Kopf!

### Bio-Bauernverbände

Anstelle der perspektivlosen, rechts-populistischen Parole „Die Ampel muss weg“ organisierten der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft mit seinen 38 Verbänden (u.a. Bioland, Demeter, Naturland), die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), unterstützt von ATTAC, compact, Brot für die Welt und Greenpeace eigene Demonstrationen unter der Losung „Wir haben es satt“.

Am ersten Samstag der Grünen Woche in Berlin kamen rund 8.000 Teilnehmer zusammen. Unter dem Motto „Gutes Essen braucht Zukunft - für eine gentechnik-freie, bäuerliche und umwelt-verträgliche Landwirtschaft“ übergab das AbL einen Sechs-Punkte-Forderungskatalog an Landwirtschaftsminister Cem Özdemir und forderte einen Umbau der Subventionen:

„Die EU-Kommission plant die Deregulierung neuer Gentechniken. Risikoprüfung, Kennzeichnungspflicht, Koexistenz- und Haftungsregelungen würden abgeschafft. Eine gentechnikfreie konventionelle und ökologische Erzeugung von Lebensmitteln wären dann nicht mehr möglich. Der aktuelle Wettbewerbsvorteil und mühsam aufgebaute Märkte der Bäuerinnen und Bauern würden zerstört, die z.T. massiven Investitionen wären umsonst.“

Die Subventionen müssten endlich den „Umwelt-, Tier- und Klimaschutz in der EU honorieren, statt öffentliche Gelder blind pro Fläche Hektar auszusütten und damit vor allem die Agrarindustrie zu füttern.“

### Wie geht's weiter?

Notwendig sind jetzt Verhandlungen zwischen Bauernverbänden und Regierung, so dass die Landwirte eine langfristige Perspektive für eine Landwirtschaft bekommen, die vom Bedarf nach gesunden, ökologisch angebauten Lebensmitteln für die Bevölkerung ausgeht und die Subventionen nicht nach schädlicher, industrieller Flächenpolitik der Konzerne vergibt. Dazu müssen auch den Lebensmittelkonzernen klare Richtlinien mit Mindestpreisen und festen Abnahmemengen auferlegt und die nachträgliche Preisfestsetzung für Milch durch Molkereien beseitigt werden. In Rottenburg sollten die Bauernmärkte wesentlich gestärkt werden, statt wie in Wurmlingen immer Discounter zu bevorzugen. Da wartet viel Arbeit auf Kommunen, auf die Regierung in Bund und Ländern sowie auf die EU.



Dr. Emanuel Peter

„DIE LINKE“  
Rottenburg

*Kurz und bündig*

### FDP verhindert Lieferkettengesetz

Das Lieferkettengesetz ist ein gemeinsames europäisches Wirtschafts- und Menschenrechtsgesetz, das alle Firmen verpflichtet, Profite auf Kosten von Kinderarbeit, Ausbeutung von Frauen oder der Umwelt zu verhindern. Es ist die Reaktion auf den Einsturz der Rana-Plaza-Fabrik in Bangladesch mit 1135 toten Arbeiterinnen und Arbeitern vor bald elf Jahren. Jetzt verhindern FDP und „Christ“demokraten im EU-Parlament das jahrelang ausgehandelte Gesetz, weil es eine „Selbststrangulierung unseres Wirtschaftsstandorts“ sei, so Justizminister Buschmann (FDP): Zählen Menschenleben und Menschenrechte nichts für das Gewinnstreben von Konzernen? Ist diese Partei, die Urban Priol (Tilt, Jan. 2024) als überflüssigste Partei seit Beginn der Wetteraufzeichnungen bezeichnet, eigentlich noch bei Trost?

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

# Tiefbahnhof Stuttgart 21

## Bahn-Infarkt droht bei geringsten Störungen

**Kann der neue S21-Tiefbahnhof überhaupt noch funktionieren, wenn infolge von Störungen auch nur eine der Tunnel-Zulaufstrecken blockiert ist? Mit dieser Frage haben sich zwei Verkehrswissenschaftler beschäftigt und sind zu einem ebenso erschreckenden wie auch ernüchternden Ergebnis gekommen.**

Schon lange sind die Kapazitätsengpässe des Tiefbahnhofs hinlänglich bekannt. Aber sie werden noch zunehmen, wenn an irgendeiner Stelle in den Tunneln oder im Tiefbahnhof Störungen auftreten. Deshalb hat das Aktionsbündnis gegen S21 beim Mitgründer der Firma Vieregge-Rößler, dem Verkehrsberater Karlheinz Rößler, eine Studie dazu in Auftrag gegeben.

Laut dieser Studie können solche Storfälle vielfältige Ursachen haben, wie z. B. Gegenstände oder Personen im Gleis, defekte Bremsen oder Brandereignisse. Mit wochen- oder monatelangen Sperrungen wäre sogar zu rechnen, wenn wegen des wie Hefeteig aufquellenden Anhydritgesteins extrem teure Reparaturen an den Zufahrtstunneln anfielen. Letzteres ist immer wieder beim Engelberg-Autobahntunnel der Fall. Aber während bei einem Straßentunnel ein paar Zentimeter Hebung nichts ausmachen, führen sie bei einem Eisenbahntunnel zum Totalausfall.

Die wohl am interessantesten Ergebnisse der Studie zeigen, wie wenig Züge noch durch den Fildertunnel fahren könnten, wenn eine Röhre blockiert ist. Von den geplanten 21 Zügen pro Stunde blieben dann nämlich nur noch 9 bis 10 übrig, also weniger als die Hälfte.

So ist der Tiefbahnhof nicht nur im Normalbetrieb eine Fehlkonstruktion, sondern ganz besonders auch im Störfall, da wichtige Weichen, die für einen reibungslosen Betrieb sorgen sollten, an den falschen Stellen angebracht wurden. Vermutlich aus Kostengründen wurden sie so dicht an die Enden der Bahnsteighalle gelegt, dass einlaufende Züge immer nur fünf oder sogar nur drei der – sowieso zu wenigen – acht Gleise erreichen können. Wenn dann z. B. ein Zug auf einer der Weichen stehen bleiben würde, müsste schon bei dieser kleinen Störung auf jeden Fall ein Drittel der Züge weiträumig um den Tiefbahnhof herumgeleitet werden.

Für Fernzüge hieße das, sofern sie nicht ganz ausfallen: Sie würden am

Hauptbahnhof vorbeigeführt und könnten erst in Esslingen halten, weil dies der erste Bahnhof nach Stuttgart mit ausreichend langen Bahnsteigen ist.

Weil das vermutlich recht häufig der Fall sein dürfte, haben die Autoren der Studie deshalb schon von Esslingen als dem „heimlichen Hauptbahnhof“ gesprochen. Allerdings sind die Gleise von Esslingen über Plochingen nach Wendlingen ohnehin schon sehr stark befahren. Deshalb würde das Umleiten über diese Strecke zusätzlich zu Staus und weiteren Verspätungen führen.

Einen wichtigen Gedanken haben die beiden Gutachter noch zum Fildertunnel eingebracht, nämlich dass doch eigentlich aus Sicherheitsgründen zur gleichen Zeit immer nur ein Zug entweder in der einen oder in der anderen der beiden Röhren fahren dürfte. Denn durch die von der Störung betroffenen Röhre müssten ja die Rettungsfahrzeuge fahren können, ohne dass ihnen ein nachfolgender Zug im Wege steht. Und die jeweils andere Röhre soll ja z. B. im Brandfall eine sichere Fluchtmöglichkeit darstellen, in der die Flüchtenden nicht auf durchfahrende Züge treffen.

Das bedeutet, dass im Störfall oft nicht nur eine der beiden Röhren blockiert wäre, sondern beide. Somit wäre ein Großteil der Züge zum Flughafen blockiert, wenn auch nur ein einziger Zug im Fildertunnel liegenbleiben würde. Wären aber beide Röhren im Fildertunnel blockiert, wären viele Züge komplett von Stuttgart abgeschnitten. Und übrigens weitgehend auch vom Flughafen, weil die Züge dort nicht wenden können und deshalb einander im Wege stünden.

Besonders schwerwiegende Konsequenzen hätte dies auch für die **Gäubahn**, wenn über die Hälfte der Züge auf dieser transeuropäischen Verbindung Stuttgart–Singen–Zürich–Mailand umgeleitet werden oder gar komplett ausfallen müsste. Ein Abhängen von Stuttgart wäre hier besonders fatal. Vernünftige Umleitungsmöglichkeiten für die Gäubahn gibt es nicht, weder mit noch ohne Pfaffensteigtunnel. Es sei denn – und das wäre die Lösung zumindest für die Gäubahn –

sie bleibt dauerhaft über die Panoramastrecke an den Kopfbahnhof angeschlossen. Das heißt, unsere Forderung „kein Abhängen der transnationalen Gäubahnstrecke vom Stuttgarter Kopfbahnhof“ ist nicht nur für den täglichen Betrieb unverzichtbar, sondern genauso oder noch mehr für den Störfall.



Die sich häufenden Meldungen über den drohenden S21-Engpass sind medial auch meist nur ein Strohflecken. Eigentlich ein klarer Fall, aber die Bahn zündet fast täglich ihr Propagandafeuerwerk, gern kolportiert von den Stuttgarter Zeitungen (außer natürlich der Kontext-Wochenzeitung) und gern ignoriert vom Rest der Welt. Die Kritiker sagen halt so und die Bahn so. Dann liegt die Wahrheit vielleicht irgendwo in der Mitte.

Doch diese wohlfeile Haltung, diese Faulheit, sich auf die Sache einzulassen, wird ihr Ende finden, wenn auch hier die nahende Stunde der Wahrheit schlägt, dann nämlich, wenn das Ganze in Betrieb gehen wird, oder aber auch nicht, einfach weil es nicht funktioniert. Da Züge im neuen Tiefbahnhof nicht auf allen Gleisen die jeweils andere Tunnelröhre erreichen können, fallen dadurch drei Gleise weg. Je nachdem, von wo der Zug kommt, wären dann sogar nur noch zwei Gleise im Tiefbahnhof befahrbar.

**Der Bahn-Infarkt wäre unabwendbar!**

Deshalb gilt auch weiterhin: **Stuttgart 21 wird krachend scheitern!**

Die für Ende 2025 geplante Inbetriebnahme des Tiefbahnhofs wurde wieder einmal verschoben, und auch die Kosten explodieren weiter. Doch darüber mehr in der nächsten Ausgabe.

**OBEIN BLEIBEN!**

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**  
Rottenburg

## **Politischer Gesprächskreis**

### **Unsere Erde auf dem Weg in den 'planetaren Notstand'. Was können wir dagegen tun?**

am Montag, den 26.02.2024  
von 10.00 Uhr bis ca. 11.30 Uhr  
im **Café Stadtgespräch**, 72108 Rottenburg, Königstraße 2

Erstmals seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1850 hat der Klimawandeldienst der EU Copernicus Anfang Februar von einem durchgängigen globalen Temperaturanstieg während der letzten zwölf Monate von über 1,5 Grad berichtet. Vor zwei Monaten warnte das Potsdamer Institut für Klimaforschung eindringlich davor, dass durch eine Erderwärmung über 1,5 Grad neben den bereits fünf bekannten Erdsystemen drei weitere Kippunkte betroffen werden. Kippunkte bezeichnen abrupte, oft unumkehrbare Entwicklungen im gesamten Erdsystem wie in den arktischen Eisschilden oder im Amazonas-Regenwald. Sie können nicht abschätzbare Folgen für weitere Entwicklungen haben.

Der neueste Bericht des Club of Rome „Earth for all“ plädiert für fünf Kehrtwenden, um nicht nur die Menschheit, sondern unseren Planeten vor seiner Zerstörung zu retten.

Die Einführung zur Diskussion über den aktuellen Bericht des Club of Rome hält Dr. Emanuel Peter.

### **OB-Wahl in Rottenburg Demokratie lebt von Alternativen**

**Nach 16 Jahren will Amtsinhaber Stephan Neher noch einmal antreten. Bei Ende dieser möglichen dritten Amtszeit hätte er dann 24 Jahre die Geschicke der Stadt bestimmt. Ja, bestimmt. Denn als Kontrollfreak, das zeigen die Erfahrungen, kann er selten andere und neue Ideen zur Entwicklung unserer Stadt akzeptieren.**

Das hat man an seinen zwei verlorenen Bürgerentscheiden gesehen: Die gescheiterte Umwandlung der wertvollen Ackerflächen Galgenfeld/Herdweg in

um die unterschiedlichen Getreidesorten fachgerecht lagern zu können.

Ähnlich erging es den ausgearbeiteten Plänen für ein Ausbildungszentrum für Jugendliche, an dem die GIBA, die Berufsschule und die VHS mit ihren Sprachkursen für Emigranten beteiligt gewesen wären. Nach drei Jahren wurde es von der Stadt abgebügelt – wir brauchen ja keine Fachkräfte. Dies zeigt, dass der jetzige OB keine Vision, kein Gesamtkonzept für unsere schöne Stadt hat.

Transparenz, öffentliche Diskussion und Ergebnisoffenheit sind grundlegend für das Vertrauen in unsere Demokratie. Alternativen sind wesentlich, um unsere Gesellschaft in Wissenschaft, Wirtschaft, Medizin und Kultur weiterzuentwickeln – sonst wäre die Erde immer noch eine Scheibe.

Statt die Einwohnerschaft auf eine katholische Urbs pia einzuzwängen, brauchen wir die Pflege und Entwicklung zu einer weltoffenen Gemeinschaft, in der mehr als 100 Kulturen, Nationen

### **Gehen Sie am 17. März auf jeden Fall zur Wahl!**

ein spekulatives Gewerbegebiet und die Ablehnung einer Sanierung des Schlachthofes Rottenburg, dessen Gebäude die Stadt seit Jahren verkommen lässt.

Überhaupt ist Landwirtschaft ein Fremdwort für ihn, was man an der Regionalen BIOLAND-Erzeugergemeinschaft GmbH (Rebio) sieht. Sie ist zuständig für die Vermarktung des Getreides von 200 Landwirten und wartet seit sieben Jahren auf eine Bearbeitung ihres Antrags für mehr Silos,

Rottenburg mit seinen vielen Teilorten benötigt neue Ideen, um die Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Die Zusammengehörigkeit zwischen Teilorten und Kernstadt muss auf Augenhöhe geschehen, statt Anträge aus den Ortschaften immer wieder abzuschmettern. Oder gegenüber Stadträten zu behaupten, eine Ortschaft hätte schon längst für die Bebauung des Flugfeldes gestimmt – und die Ortsvorsteherin kennt den Beschluss nicht, er wurde ihr nicht einmal vorgelegt.

und Religionen, arbeiten und wohnen und das mit Freude und Engagement. Deshalb freuen sich viele Einwohner Rottenburgs, dass es jetzt drei weitere Kandidaten/ Kandidatinnen für die OB-Wahl gibt.

**Gehen Sie am 17. März auf jeden Fall zur Wahl!**

# Haushaltsrede DIE LINKE

## im Gemeinderat Rottenburg Dezember 2023

Sehr geehrte Herren Neher, Weigel und Dr. Bednarz, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren!

Beginnen möchten wir unsere Haushaltsrede mit einem Abschied. Nein, nicht dem unsrigen, sondern dem von Frau Garthe und den im Tagblatt genannten Zitaten: „Wir brauchen keine Einfamilienhäuser mehr. Das ist nicht die Wohnform der Zukunft“ und „Wir dürfen keine Flächen mehr verbrauchen, auch wenn wir sie haben.“ Schade nur, dass solch deutliche Worte erst zum Abschied fallen. Allein in den beiden letzten Generationen haben wir mehr Fläche verbraucht, als 80 Generationen vor uns, so heißt es in der SWR Dokumentation „Das Ende der Neubaugebiete?“ vom 30.11.2023. Und dieser Flächenfraß findet nicht etwa in den Ballungsräumen und Großstädten statt, nein er wütet vor allem auf dem Land. Hier bei uns, vor unserer Haustür, ob durch Straßenbau, Gewerbegebiete oder mit dem Wohnbaulandprogramm dieser Stadt.

Unser letztjähriger Antrag auf eine Klausur zum Flächenverbrauch wurde leider durch dieses Gremium abgelehnt. Wir hoffen, dass sich die Einstellung zum Flächenverbrauch nach den Wahlen in 2024 ändert. Jedem sollte bewusst sein, dass wir schleichend unsere Lebensgrundlagen zubetonieren. Boden lässt sich nun mal nicht vermehren oder gar durch Ökopunkte ausgleichen. Kostbare Ackerböden entstehen über Jahrhunderte und ohne Böden gibt es keine Nahrungsmittel, Grundwasserbildung, Kaltluftentstehungszonen, CO<sub>2</sub> Speicherung, vom Artenschutz ganz zu schweigen. Unseren Boden zu schützen ist nicht nur eine verfassungsmäßige Pflicht, sondern dient schlichtweg der Existenzsicherung.

In Deutschland könnten über 4 Millionen Wohnungen entstehen, wenn wir Leerstände (gewerblich oder privat), ungenutzte Bauflächen, Brachen, Wohnraum z.B. auf Dach- und Parkflächen, bahnnahe Restflächen und ... und ... und ... konsequent einer Nutzung zuführen würden.

Ein ganz wichtiges Thema ist dabei das Wohnen im Alter. Viele Ältere bewohnen allein oder zu zweit ein ganzes Haus und das nicht aus reiner Selbstsucht, sondern weil bezahlbare, alternative Wohnangebote fehlen. Hier

braucht es mehr Unterstützung und Förderung, wie auf dem ehemaligen DHL-Gelände.

Große Hoffnung setzen wir auf die geförderte Stelle zur Klimafolgenanpassung. Wir müssen uns den klimatischen Veränderungen und extremen Wetterereignissen durch aktiven Hitze- und Hochwasserschutz stellen. Deshalb haben wir erneut den Antrag gestellt, mehr Bäume als Schattenspenden in Innenbereichen zu pflanzen.



### Zur Personalsituation

Seit Jahren rühmt sich die Stadtspitze, ob der niedrigen Personalkosten meist im Vergleich zu Tübingen. Das mag unter reinen Kostengesichtspunkten ein Vorteil sein, aus Sicht der Beschäftigten wohl eher nicht. Auf die Frage einer leitenden Mitarbeiterin der Stadtverwaltung, was man tun könne, um Mitarbeiter in der Verwaltung zu halten, gibt es eigentlich nur eine Antwort: Man redet mit den Beschäftigten über deren Arbeitsbedingungen. Und wenn es bereits soweit ist, dass diese nicht mehr offen sprechen möchten, dann führen sie eine anonyme Mitarbeiterbefragung durch! Denn die Mitarbeiter der Stadt sind deren höchstens Gut! Dass wir unter einem Personalmangel leiden offenbart sich nicht nur in den Kindergärten.

Am 01. Dezember schrieben die Rottenburger Schulen an alle Gemeinderäte einen Hilferuf. Darin bitten diese um Unterstützung, da qualifiziertes Perso-

nal mit guten IT-Kenntnisse und spezieller Weiterbildung im Schul-IT-Wesen fehlt. Ohne die dazugehörigen Programme können die mit teurem Geld angeschafften Tablets und iPads nicht von den SchülerInnen genutzt werden und bleiben lange, bis zu einem halben Jahr, ungenutzt in den Schränken liegen. Die Schaffung von nur einer weiteren IT-Stelle in 2024 für die Unterstützung aller Rottenburger Schulen erachten wir deshalb als viel zu spät und nicht ausreichend, deshalb haben wir den Antrag auf eine weitere Stelle gestellt. Sollte dem nun statt gegeben werden, so ist das erfreulich.

Ähnlich ist die Lage bei der Sprachförderung. Auf unseren Antrag hin, wurde im Juli ein Schreiben an das Kultusministerium versandt, um auf die dringend benötigte Sprachförderung hinzuweisen. Auf das Antwortschreiben warten wir bis heute. Alle Experten einschließlich PISA-Studie sehen die Ursachen für das schlechte Bildungsniveau mit im Sprachdefizit vieler Kinder, gegen das bereits im Kindergarten mehr getan werden müsste. Dieses Defizit zeigt sich noch deutlicher in der Grundschule. Diese Lehrkräfte zusätzlich noch mit IT Problemen zu belasten ist nicht hinnehmbar. Die LehrerInnen brauchen alle Zeit damit sie ihrem Lehrauftrag nachkommen können und die Kinder Lesen, Schreiben und Rechnen lernen. Die Stadt plant in den nächsten Jahren wichtige Investitionen in Kindergärten und im Schulneuausbau. Dies begrüßen wir ausdrücklich, auch wenn dadurch die Verschuldung steigt.

### Zur Bürgernähe

Zwei für die Verwaltungsspitze verlorene Bürgerentscheide sprechen für sich. Nicht darüber sprechen zu wollen, ebenso. Sehr positiv sehen wir deshalb das Modellprojekt „Kommunale Entwicklungsbeiräte“ als neues Format der Bürgerbeteiligung mit dem Ziel einer nachhaltigen und transparenten Kommunikation in der Stadtgesellschaft. In den Empfehlungen werden wichtige Erwartungen an alle Akteure dieser Stadt aufgezeigt, die da beispielhaft wären:

1. Die Stadtverwaltung ist Dienstleister und sollte den EinwohnerInnen gegenüber serviceorientiert auftreten. Das lässt sich allerdings nur mit ausreichend und gut qualifizierten Personal darstellen!

2. Die Kommunalen MandatsträgerInnen sollten ein Vorbild im Umgang miteinander sein und sach- und zielorientiert zusammenarbeiten. Da gibt es noch Luft nach oben.
3. Die Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen: Mischen Sie sich, mit „kritischem Blick“, konstruktiv ein.

Dies können wir nur unterstreichen und am jüngste Beispiel „der frommen Stadt“ sagen wir Chapeau. Da haben die Bürger aufgepasst. Diesem Konzept würden wir heute in der Form nicht mehr zustimmen. Auch das gehört dazu, Fehler einzuräumen!

Zum Schluss empfiehlt der Kommunale Entwicklungsbeirat uns allen:

Wir sollen uns darin bestärken und fördern eine gemeinsame Identität zu finden, in der alle Ortsteile mit ihren Besonderheiten anerkannt sind. Das tut nicht nur der Ergenzinger Seele gut.

Und ganz zum Schluss ein Zitat von niemand geringerem als König Charles auf der Klimakonferenz in Dubai:

**„Die Erde gehört nicht uns, wir gehören zur Erde.“**

Das lässt sich gut auf uns, diese Stadt und den Grund und Boden, den wir momentan sehr mit Füßen treten, übertragen.

Wir bedanken uns bei allen MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, der

„Töchter“, besonders bei Frau Katz, stellvertretend für die Kämmerei und bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, wünschen eine gute Haushaltsberatung und falls wir uns morgen nicht mehr sehen oder hören eine gesegnete Weihnachtszeit und ein gutes Neues Jahr 2024.



**Marlene Fischer**

Gemeinderätin

„DIE LINKE“

Rottenburg - Ergenzingen

## **Patenschaft Rottenburgs mit einem Bataillon**

### **Zwei Leserbriefe**

**Auf Initiative von Jason Schuler (Junge Aktive) beschloss der Gemeinderat mehrheitlich, eine Patenschaft mit einem Bataillon der Bundeswehr einzugehen. Dazu erschienen folgende Leserbriefe im Schwäbischen Tagblatt:**

Ich habe doppelte Kritik an ihrem Artikel zur Patenschaft mit dem Bataillon. Die erste bezieht sich auf die Verständlichkeit des Artikels, die zweite auf die Patenschaft an sich.

Zu 1: Was der Sinn und Zweck einer solchen Patenschaft ist, hat sich mir erst nach mehrmaligem Lesen erschlossen. Es wird gehofft, dass die Bürgerschaft sich intensiv mit der Bundeswehr auseinandersetzt. Aber mit welchem Zweck? Rekrutierungsversuche sind es ja eben nicht, was die Patenschaft erbringen will, sondern "eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Armee". Diese Auseinandersetzung erreicht man wohl, wenn man ein "Eagle" mit Maschinengewehr vor die Zehntscheuer stellt.

Zu 2: In meinem Verständnis geht es darum dass Militär "salonfähig" und anschaulich zu machen, die Bürger darauf vorzubereiten, dass die Bundeswehr wieder "Gestaltungsmacht" (Annegret Kramp-Karrenbauer) wird. Dafür hätte man doch nicht eine halbe Seite verschwenden müssen. Für mich ist die öffentliche Waffenschau von Soldaten aber auch von Polizisten eine Beleidigung. Ich empfehle jedem der mehr über Militärpatenschaften wissen möchte, den Beitrag von Netzwerk Friedenskooperative. Jannik Renz



Fotos: N. Kern

Ein weiterer Leserbrief aus Tübingen:

Operettenuniformen und Militärmusik, Aufmarsch am Volkstrauertag und an Fronleichnam, Salutieren vor Bischof und OB – die Rottenburger Bürgerwache wirkt zwar reaktionär, aber ungefährlich. Jetzt dagegen wird's bedrohlich: Soldaten in Kampfmontur mit Maschinenpistolen (hoffentlich nicht entschert!) und gepanzertem Radfahrzeug vor der Zehntscheuer.

Initiator der martialischen Schau ist ein junger Gemeinderat (gedient!), der die Fakten verdreht: Der Ukrainekrieg habe die Wichtigkeit der Armee bewiesen. Im Gegenteil: Gerade dieser Krieg zeigt, wie wichtig vertrauensbildende Maßnahmen und (militärische) Deeskalation sind. Nicht Entspannungspolitik hat zum russischen Angriff geführt, sondern ihr Fehlen.

Patenschaften von Kommunen für Militäreinheiten waren in Kaiserreich und Faschismus gang und gäbe. Insofern wirkt die Rottenburger Inszenierung wie aus der Zeit gefallen. Oder etwa doch nicht?

Die Militarisierung von Gesellschaft und Außenpolitik erfolgt gegenwärtig mit atemberaubender Geschwindigkeit. In Donaueschingen probte das Jägerbataillon 292 sogar mitten in der Innenstadt für den Mali-Einsatz. Der militaristische Unfug muss gestoppt werden, meint – natürlich aus Tübingen  
Walburg Werner.

# Die Verarmungspolitik der FDP stoppen

## FDP besteuert kleine und mittlere Einkommen

**Kurz vor Weihnachten einigte sich das Bundeskabinett der Ampel-Koalition endlich auf einen neuen Haushalt. Er soll im Januar im Bundestag beraten und Anfang Februar im Bundesrat endgültig beschlossen werden. Herausgekommen sind umfassende Kürzungen im Sozial- und Umweltbereich sowie Steuererhöhungen für kleine und mittlere Einkommen – entgegen der FDP-Posaune, keine Steuern erhöhen zu wollen.**

Bereits beim neu eingeführten Bürgergeld hatte die FDP zusammen mit der CDU - spricht: neues Nummernschild für Hartz IV – massive Streichungen durchgesetzt. Jetzt werden 250 Mio. Euro für Bonuszahlungen für Weiterbildungen gestrichen und dafür Langzeitarbeitslose bei Arbeitsablehnung sanktioniert.

Als zentrale Einsparungen beschloss das Ampel-Kabinett Kürzungen um 800 Mio. Euro für Internationales, 380 Mio. im Verkehr, 200 Mio. für Bildung und 600 Mio. weniger als Rentenzuschuss des Bundes. Jetzt streitet man sich, ob das Kindergeld erhöht wird oder nur der steuerliche Kinderfreibetrag für die Millionäre erhöht wird. Letzteres bringt den Vermögenden zwei Mio. Euro Steuergewinn.

### FDP erhöht Steuern für untere und mittlere Einkommen

Das grüne Vorzeigeprojekt Klima- und Transformationsfond (KTF) wurde für dieses Jahr um 12 Milliarden, bis 2027 um 45 Mrd. zusammengestrichen. Dafür müssen die kleinen und mittleren Einkommen durch die gestiegenen CO<sub>2</sub>-Abgabe mehr für Heizöl, Gas und Sprit bezahlen, auch Lebensmittel und allgemeine Gebrauchsgüter werden dadurch teurer – die FDP erhöht ja gar keine Steuern!

Zudem werden die Milliarden-Einnahmen vom CO<sub>2</sub> als „Klimageld“ frühestens nach der nächsten Bundestagswahl an die Bürger ausgezahlt. Die technischen Probleme beim Datenabgleich (Steuer-ID und IBAN) sind längst beseitigt. Die Wirtschaftsweise Veronika Grimm jedenfalls fordert die Einführung des Klimageldes vor der nächsten Wahl, eine vierköpfige Familie würde bei 45-Euro-CO<sub>2</sub>-Preis mehr als 650 Euro im Jahr bekommen. Seit 2021 hat der Staat schon 11,4 Milliarden an CO<sub>2</sub>-Geldern eingenommen.

Weigert sich die FDP, das Klimageld an die Familien auszuzahlen, treibt das Wähler direkt in die Arme der AfD, die jegliche CO<sub>2</sub>-Besteuerung ablehnt (Europawahlprogramm 2024).



### Tafelsilber wird verhökert

Zur neoliberalen Umverteilung gehören als kaum beachtetes Vorhaben die Privatisierungsabsichten der FDP: Ursprünglich sollte das Schienennetz der Deutschen Bahn aus dem KFT gezahlt werden, bis 2027 ganze 12,5 Mrd. Euro. Da der KTF gekürzt wurde, sollen jetzt Bundesbeteiligungen verhökert werden.

So wird der DB-Gewinnbringer Schenker (Transport- und Logistik) verkauft und Anteile des Bundes an der Deutschen Post, der Deutschen Telekom und Uniper. Insgesamt sind die Anteile an der Börse 80 Mrd. Euro wert – die großen Investoren werden über die Rendite-Aussichten jubeln. Lindner schön damit seinen Haushaltsentwurf und die „Schuldenbremse“, die in Wahrheit die junge Generation mit verschobenen Investitionen belastet.

### Kein „Einnahmeproblem“?

Im März wiederholte Finanzminister Lindner, dass der Staat kein Einnahmeproblem habe und er höhere Steuern ablehne. Dabei könnten eine Vermögensabgabe für Superreiche, große Geschenke bei der Erbschaftssteuer und eine Umsatzsteuer bei Börsenprodukten problemlos zu 48 Milliarden Mehreinnahmen des Staates führen.

Allein die 234 deutschen Milliardäre verfügen 2023 laut Forbes-Liste über ein Vermögen von 103 Milliarden Euro, durch Kursgewinne an den Aktienmärkten und gestiegene Zinsen stieg das reine Geldvermögen um sechs Prozent auf 7.900 Milliarden Euro. Allein im „grünen“ Ländle, einer FDP-Hochburg, hatten 2019 laut Statistischem Landesamt 4.251 Personen Ein-

künfte von 11,9 Mio. Euro - jährlich! Die Weigerung, auf die Riesenvermögen Steuern zu erheben, gefährdet seit Jahren notwendige Investitionen in die Daseinsvorsorge wie Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas, Schulen und gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland wegen maroder Infrastruktur. Stattdessen wandern viele Milliarden in Steueroasen oder dienen wie bei Müller-Milch als Spenden für die AfD!

### Karlsruher BVG-Urteil als Vorwand

Hintergrund für die große Geldverschiebung ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom November 2023, dass Gelder, die für die Bewältigung der Corona-Krise im Haushalt waren, nicht für andere Zwecke wie den Klimaschutz „umgewidmet“ werden dürfen. Damit rechtfertigt die FDP ihre asozialen Kürzungen und verschweigt, dass das BVG-Urteil nur ein günstiger Vorwand für ihren marktliberalen Haushaltsumbau ist. Denn bereits im März 2023 zwang Lindner alle Ministerien zu umfangreichen Streichungen ihrer Anmeldungen zum neuen Haushalt. Unter dem Slogan, dass man das der jungen Generation schuldig sei, lehnte er jegliche Steuererhöhung für deutsche Milliardäre bei gleichzeitigem Festhalten an der ‚Schuldenbremse‘ ab. Sie ist allerdings, wie jetzt der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Marcel Fratscher kritisiert, eine gefährliche Investitionsbremse für den gesamten öffentlichen Bereich.

Die „große soziale Schieflage“ gefährdet die wichtige ‚soziale Akzeptanz‘ für alle Klimaschutzmaßnahmen. Deshalb müsse „ein großes Sondervermögen für Klimaschutz, Transformation und Bildung gegründet und in der Verfassung verankert“ werden (Fratscher, Die Zeit, 15.12.23).

Aufgrund des breiten gesellschaftlichen Protestes gegen beabsichtigte Kürzungen beim Bundesfreiwilligendienst musste die Regierung ihre Pläne zurücknehmen - ein gelungenes Beispiel, um Forderungen für soziale und ökologische Projekte durchzusetzen! Denn die wachsende soziale Spaltung unserer Gesellschaft führt zu Hass und Demokratiefeindlichkeit, sie ist eine entscheidende Ursache für das Anwachsen der Rechtsradikalismus.

Dr. Emanuel Peter, Rottenburg

# Sprachförderkonzept für Kitas und Grundschulen

## Unterrichtsausfall ohne Ende

**Aufgeschreckt durch die neuesten Bildungstests mit den katastrophalen Ergebnissen für Baden-Württemberg stellt die Landesregierung schnell ein Sprachförderkonzept vor.**

Sprachkompetenz sei die Basis für die schulische Bildung, heißt die überraschende Erkenntnis in Stuttgart. Das Konzept umfasst fünf Säulen und bezieht erstmals die Kitas mit ein, die eigentlich Aufgabe der Kommune sind.

Schon die Vierjährigen will Bildungsministerin Schopper (Grüne) auf sprachliche Defizite testen lassen und bei Bedarf „eine verbindliche ergänzende Sprachförderung im Jahr vor der Einschulung“ einführen. Als zweite Säule folgen dann in der Grundschule „Juniorklassen“ mit ergänzender Sprachförderung ab der ersten Klasse. An diesen sollen laut Schoppers Schätzung rund 30 Prozent der Erstklässler teilnehmen. Dies ist eine offene Bankrotterklärung der bisherigen grün-

schwarzen Bildungspolitik der letzten zwei Jahrzehnte!

Parallel dazu wird in den Kitas die „alltagsintegrierte Sprachbildung und Sprachförderung“ ausgebaut und damit erstmals die Kitas als Teil des Bildungssystems behandelt. Mithilfe von multiprofessionellen Teams sollen in Brennpunktschulen die von Bund und Land finanzierten „Startchancenprogramme“ und „Lernen mit Rückenwind“ weitergeführt werden. Für das gesamte Konzept fehlen immer noch konkrete Angaben zum notwendigen Personal und zu den Finanzen.

Deshalb bezweifeln Kritiker, dass es sich um mehr als um die übliche Ankündigungspolitik der grün-schwarzen Regierung handelt, aus der nichts folgt. Die vorschulischen Sprachtests sind schon vor einem Jahr mit großem Tamtam mediengerecht in Szene gesetzt worden. Völlig ungeklärt ist die Personalgewinnung und die Kooperation zwischen Kitas und Grundschulen.

## Unterrichtsausfall ohne Ende

Seit 2019 hatte das Kultusministerium keine Statistik über Unterrichtsausfall an den Schulen im Ländle gemacht. Schoppers Vorgängerin – wie hieß sie noch mal? - hatte nur „Stichproben“ erhoben, bis die Eltern alles selbst notierten und sich nichts mehr verheimlichen ließ. Jetzt gibt es neue Zahlen für 2023: 7,4 Prozent des Pflichtunterrichts fanden nicht statt, 4,2 Prozent nur als Vertretungsstunden. Sie müssen häufig von fachfremden Lehrkräften gehalten werden.

Ministerin Schopper musste zugeben, dass sich nichts grundsätzlich verändert habe, obwohl man versuche, neue Lehrkräfte zu gewinnen. Wie unter diesen Bedingungen das Sprachförderkonzept mehr als eine weitere bloße Sonntagsrede der Landesregierung sein soll, bleibt ein Stuttgarter Geheimnis. (EP)

## Rottenburg steht auf gegen Rechtsextremismus

### AfD reagiert mit Fake-News

**Rund 4.000 Menschen versammelten sich auf dem Eugen-Bolz-Platz aus Anlass der Ermordung von Eugen Bolz durch die Nazis. Der Politiker der Zentrumsparterie war von 1928 bis 1933 Staatspräsident von Württemberg, hatte zunächst dem Ermächtigungsgesetz des Nazis im Reichstag zugestimmt, bevor er sich dem Widerstand anschloss und nach einer Denunziation am 23. Januar 1945 in Berlin-Plötzensee enthauptet wurde.**

Zu der Kundgebung mit Kranzniederlegung am Denkmal für Eugen Bolz hatten über 70 Organisationen, Parteien, Vereine und Kirchen aufgerufen. So versammelten sich Menschen aller Altersgruppen und aus ganz Rottenburg. OB Neher erhielt Beifall für seinen Appell, sich im Alltag und in den Vereinen gegen Rechtsextreme Widerstand zu leisten:

*„Kritik ist erlaubt, aber Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Es darf*

*keine Rolle spielen, woher jemand kommt, was jemand glaubt, wen jemand liebt.“*

Schließlich haben in Rottenburg über 30 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund, von denen viele die Kriegszerstörungen beseitigt und am „Wirtschaftswunder“ mitgeholfen haben.

Nach Prälat Klaus Krämer sprach der Schülersprecher des Eugen-Bolz-Gymnasiums Alexander Podlesnyi und erhielt sehr viel Beifall für seinen Aufruf für eine wehrhafte Demokratie:

*„Ob unsere Demokratie überlebt, liegt nicht am Grundgesetz, sondern an uns, den Bürgerinnen und Bürgern – und auch an uns Schülern.“*

Es war wohl vor allem diese Rede, die die AfD-Fraktion im Landtag zu wütendem Protest erregte. Sie reagierte zuerst mit der Behauptung à la Trump, es seien viel weniger Menschen auf der

Kundgebung gewesen und die Fotos seien gefälscht. Dann schrieb der Pressesprecher Josef Walter an Rottenburger Rektoren, dass die Schülereteiligung eine „totalitäre Ungeheuerlichkeit“ sei und auf die zahlreichen Schüler ein „Konformitätsdruck“ ausgeübt worden sei, „der an die Zwangsverpflichtung zur Teilnahme an den 1.Mai-Demonstrationen zu DDR-Zeiten erinnere“.

Erinnern wir uns: Im Juni 2018 hat Alexander Gauland (AfD) die Ermordung von sechs Mio. Juden und Oppositionellen durch das Nazi-Regime als „Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“ bezeichnet. Gegen so viel Geschichtsverfälschung und alltäglichen Rassismus gründet sich gerade in starkes Bündnis für Demokratie und Menschenrechte im Kreis Tübingen. (EP)

# **Pflegeheim Ergenzingen eröffnet**

## **Remmingsheim verliert an Attraktivität**

**Im Dezember wurde nach langer Planungszeit seit 2015 endlich das neue Pflegeheim am Seltenbach neben dem Neubaugebiet Oechsner II eingeweiht.**

Dort können 60 Personen in vier Wohngruppen mit Einzelzimmern und jeweils einer Wohnküche untergebracht werden. Die rund 20 Quadratmeter großen Zimmer haben ein Bad mit Dusche und ein WC. Großzügig sind die Gemeinschaftsräume, im Eingangsbereich soll es eine Cafeteria geben, für deren Betrieb noch Sponsoren und Freiwillige Mitarbeiter gesucht werden.

Die Kosten des neuen Heimes betragen 11 Mio. Euro, nicht mitgerechnet das bewegliche Inventar, die Grundstückskosten und die rund 300.000 Euro für die Cafeteria.

Gegenüber dem Pflegeheim errichtet die Baufirma Geiger ein weiteres Gebäude für betreutes Wohnen mit 24 Wohneinheiten. Zudem werden in der Liebfrauenhöhe 20 Tagespflegeplätze eingerichtet.

### **Jubel bei der CDU-Fraktion**

Horst Schuh feiert das neue Pflegeheim, weil dadurch das „gesamte Pflegespektrum“ in Rottenburg abgedeckt werde, die ambulanten Pflegeeinrichtungen in Kiebingen – die Rottenburgs Verwaltung lang verhindert hatte – und die neue Pflegeeinrichtung im Remmingsheimer Stäble mitgerechnet. Wie üblich verliert Schuh kein Wort darüber, mit welchen Tricks und Er-

pressungen die Stadt dabei vorgegangen ist.

Ohne sich mit dem Gemeinderat in Remmingsheim abzustimmen, hatte sie im Juni die Schließung der stationären Pflege in Remmingsheim verkündet, Einwohner sprachen von einem „klaren Vertragsbruch“. Dann wurden Heimleitungen und anschließend Personal nach Ergenzingen abgeworben, so dass bei einer möglichen Klage zwei bis vier Jahre ein Stillstand in Remmingsheim droht hätte. Durch die Abwerbung des Personals zogen sich mögliche Interessenten für das 2003 eröffnete und sehr beliebte Pflegeheim wieder zurück. Mit der Schließung des Pflegeheims verliert Remmingsheim stark an „Infrastruktur und Dorfgemeinschaft“, so Walter Lutz, und damit an Attraktivität für Einwohner und Neubürger. Aber mit so einem Weitblick ist ein CDU-Stadtrat aus Baisingen offensichtlich überfordert.

### **Protest gegen Investitionskosten**

Die Einwohner von Remmingsheim protestierten mit Einzug in die Gemeinderatssitzung und zahlreichen Leserbriefen gegen das rüde Vorgehen der Rottenburger Verwaltung. Hauptgrund waren der extrem hohe Investitionskostenanteil (IVK), die die Heimbewohner dann in Ergenzingen zahlen müssten. Mit rund 28 Euro pro Tag liegt er fast dreimal so hoch wie in den Rottenburger Heimen. Der Grund: Im Unterschied zu Bayern hat die grün-schwarze Landesregierung mit Sozialminister Lucha ab 2010 jeglichen Landeszuschuss für neue Pflegeheime ge-

strichen und zugleich den Umbau von Doppel- und Einzelzimmer zur Pflicht gemacht. Dies treibt die Kosten weiter hoch.

### **Pflegeplätze nur für Wohlhabende**

Der Protest der Heimbewohner im Stäble gegen die drastische Erhöhung des IVK-Anteils von aktuell 297 auf künftig 1.103 Euro (ab 2026), zwang die Hospitalstiftung zum Nachgeben. In abgemilderten Stufen müssen sie erst 2029 den vollen IVK-Anteil zahlen. Trotzdem wird das Problem des Eigenbeitrages immer prekärer, bald können sich nur noch Wohlhabende einen Pflegeplatz leisten.

Aktuell sind knapp 27.000 von 92.000 Pflegeheimbewohnern auf Sozialhilfe angewiesen, für den Landesvorsitzenden des Sozialverbandes VdK Hotz ein „entwürdigender Lebensabend“ nach einem arbeitsreichen Leben. In dieser aktuellen Zahl ist noch nicht die Altersarmut von vielen Frauen berücksichtigt: Über 50 Prozent der Rentnerinnen müssen mit weniger als 1.250 Euro monatlich auskommen – ein Ergebnis der Niedriglöhne und der geringeren Bezahlung von Frauen seit Jahrzehnten, weil ihre Tätigkeit in häuslicher Kindererziehung und Pflege von Eltern missachtet wird!

Neben staatlichen Zuschüssen für Pflegeheimen, besserer Bezahlung von Pflegekräften muss häusliche Frauenarbeit endlich besser wertgeschätzt werden. (EP)



### **Stromkosten steigen**

Der Energieriese ENBW, drittgrößter Stromanbieter Deutschlands, erhöht die Preise für die Grund- und die Ersatzversorgung um fast 16 Prozent. Für einen Zweipersonenhaushalt (2.900 kWh pro Jahr) sind das 192 Euro mehr, für einen Vierpersonenhaushalt (4.000 kWh) rund 265 Euro.

Dies ist eine direkte Folge des „Sparhaushaltes“ von Lindner (FDP): Er streicht den Bundeszuschuss für das Netzentgelt um 5,5 Milliarden Euro, so dass die vier größten Fernleitungsbetreiber ihre Gebühren für die Durchleitung des Stroms verdoppeln. Durch die Netzentgelte, die staatlichen Abgaben, Umlagen und Steuern machen diese Kosten inzwischen mehr als 50 Prozent des Strompreises aus, teilte die ENBW mit – aber nur für Privatkunden.

Gewerbekunden haben „nachhaltige“ Sondertarife, die billiger werden, je mehr sie verbrauchen! Zugleich verhindert die Bundesregierung die Auszahlung des versprochenen Klimageldes an alle Einwohner. Das ist eben „nachhaltige Haushaltsführung“!

# Riesiger Strombedarf vorhergesagt

## Warum sollen wir eigentlich noch Energie sparen?

Immer wieder wird uns eingeredet, dass wir der Umwelt zuliebe Strom sparen müssen und deshalb den Fernseher früher ausschalten oder Waschmaschine, Geschirrspüler, Herd oder andere Elektrogeräte sparsamer nutzen sollen. Eigenverantwortung im Umweltschutz wird das genannt, um damit für den Umbau durch erneuerbare Energien wie z.B. Windkraftanlagen zu werben. Das ist durchaus überlegenswert, aber gilt dies nur für Privatpersonen?

Aktuell verbrauchen alle E-Fahrzeuge (Autos, LKWs, Busse usw.) zusammen bundesweit 16 Terrawattstunden (TWh) Strom im Jahr. Bis 2040 soll ihr Bedarf um mehr als das Zwanzigfache auf 355 TWh steigen, um alle E-Fahrzeuge batterieelektrisch oder mit Wasserstoff zu versorgen. In Baden-Württemberg wurden 2021 64 TWh verbraucht, bis 2040 soll das auf 161 TWh steigen.

### Cyber-Valley im Ländle

Doch das ist nur ein Bruchteil dessen, was insgesamt durch die Digitalisierung an Energie verbraucht wird. Schon 2021 wurde am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) der Hochleistungsrechner Horeka eingeweiht. Er zählte damals zu den 15 schnellsten Superrechnern in Europa, weil er 17 Milliarden Rechenoperationen pro Sekunde, so genannte PetaFLOPS, leisten

kann. Er kostete 15 Mio. Euro und soll in der Klima-, Energie- und Medizinforschung eingesetzt werden.

Beim Haushaltsbeschluss für das Tübinger „Cyber Valley-Camus“ jubelte Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne):

*„Wir investieren, damit Baden-Württemberg das Kalifornien Europas wird. Wir wollen Spitze bei der Künstlichen Intelligenz sein, das Cyber-Valley ist enorm wichtig dafür.“*

An der Uni Stuttgart „arbeitet“ schon Hawk (Falke), einer der leistungsfähigsten Supercomputer der Welt. Er wird 2024 durch Hunter (Jäger) ersetzt und dann durch Herder ergänzt. Ihr Energieverbrauch stammt aus einem Mix aus erneuerbaren und fossilen Energiequellen und beträgt dann zusammen fünf Megawatt, soviel wie die gesamte Stadt Freiburg mit 150.000 Haushalten. Genutzt werden soll er für Ingenieurwissenschaften und industrielle Anwendungen. Die zwei Supercomputer werden mit dem Jülich Supercomputing Centre und dem Leibniz Supercomputing Centre in Garching/ München verbunden und bilden so ein bundesweites Netzwerk.

Aktuell blasen die bestehenden Supercomputer von ihrer enormen Hitze

durch Rechenoperationen noch Dampf mit jährlich 32 Mio. Kilowattstunden in die Luft. Erst ab 2027 soll diese gro-



ße Menge Abwärme für den Wärmebedarf auf dem Uni-Campus genutzt werden – wie genau, ist noch unklar.

Klar ist nur, warum alle Nachfragen über den Stromverbrauch für die Digitalisierung der Verwaltung und der Schulen im Gemeinderat bisher unbeantwortet blieben. Klar ist nur, dass Privathaushalte einerseits immer mehr Stromenergie sparen und zugleich mehr Stromkosten tragen sollen. Denn es dient ja dem Fortschritt und dem „digitalen Wandel“, dem wir uns alle „Auf dem Weg zur Smart City“ (Michael Bay, CDU, Rathausrunde 2021) stellen sollen. Da ist auch verständlich, dass die Bundesregierung viel Geld braucht und das versprochene Klimageld nicht vor der nächsten Wahl an die Bürger zurückzahlen will. (EP)

## Kaufhaus KARO eröffnet

### Kleidung und Anderes in Rottenburg

In Anwesenheit von rund 80 Neugierigen, Unterstützern und Sponsoren eröffnete Julia Mildner-Powell Ende Januar KARO am Metzelpfad (Bahnhofstraße 7). KARO ist kein gewöhnliches Kaufhaus, sondern steht für Es will Begegnungsstätte für alle sein, egal ob arm oder reich, für Spender schöner Kleidung oder Schuhe, die zu schade für den Container sind und Menschen mit wenig Geld eine Freude machen. Damit ist ein großer Traum für Jukia Mildner-Powell in Erfüllung gegangen, die Geschäftsführerin des Vereins Rasthaus in Rottenburg ist.

Die große Zahl der Anwesenden zeigt, wie nötig eine solche Einrichtung in Rottenburg ist, nachdem Intra schließen musste. KARO liegt jetzt zentraler in der Innenstadt, bietet viele schöne Sachen auf zwei Stockwerken mit jeweils 150 Quadratmetern. Wie groß die Unterstützung für KARO ist, zeigt sich nicht nur an 30 Freiwilligen, sondern auch an 42.000 Euro, die als Spenden bis Jahresende eingesammelt wurden. Vom Kaufhaus Weippert unterstützte Ulrich Meergans KARO und vom Schuhhaus Kratzer erhielt es viele Einrichtungen aus dem Schuhgeschäft, das dort vorher untergebracht war.

**DIE LINKE** wünscht KARO viel Erfolg.

# Wissenschaftler fordern Moratorium für digitale Medien

## Kommt die „Digitalisierung“ der Grundschulen jetzt zum Ende?

In Hohentengen (Kreis Sigmaringen) haben die Grundschullektorin Andrea Wetzel und der Bürgermeister Peter Rainer eine Initiative gestartet, dass die Eltern bei der Einschulung ihrer Kinder eine freiwillige Verzichtserklärung abgeben, ihren Kindern kein Smartphone zu kaufen und den Gebrauch auch zu Hause nicht zu erlauben. „Das Smartphone macht Kinder einsam, dick und doof. Sie haben keine Kontakte, gehen nicht raus zum Spielen, sie verkümmern fast zu Hause“, so Bürgermeister Rainer.

### „Funktionelle Analphabeten“

Erschrocken war das Kultusministerium durch das Ergebnis des Bildungstrends der Kultusministerkonferenz des Bundes, dass 20 Prozent der Grundschüler im Lesen und Schreiben und 30 Prozent im Rechnen nicht einmal die Mindeststandards erreichen.

„Wir laufen Gefahr, dass wir einen Teil der Kinder als funktionelle Analphabeten aus der Grundschule entlassen“, kommentierte Schopper damals.

Doch OB Neher lehnte den Antrag der **LINKEN** auf einen Ausbau der Sprachförderung in Rottenburger Kitas weiterhin ab. Zusammen suchten CDU und Grüne ihre Zuflucht in der Digitalisierung der Grundschulen, so dass die Grundschule Wurmlingen zur Modellschule erkoren wurde. Während der Corona-Krise wurde der Fernunterricht mithilfe von Laptops als Wunderlösung für Unterrichtsausfälle proklamiert – und scheiterte mit Pauken und Trompeten. Denn nur Kinder von Eltern, die ohnehin ihre Kinder schon mit viel Zeitaufwand förderten, hatten weniger Lernausfälle, viele mussten in Sonderprogrammen das Versäumte nachholen. So warnt der Deutsche Ethikrat in sei-

ner Empfehlung „KI und Bildung“ ausdrücklich davor, Lehrkräfte durch Computerprogramme zu ersetzen.

### Umfassende Kritik an digitalisierten Grundschulen

Die katastrophalen Testergebnisse bei Grundschulern im Rechnen, Lesen und Schreiben decken sich mit den Studien des Karolinska Instituts in Stockholm/Schweden: „Je nachdem, wie intensiv Schulen Computer einsetzen, hat das Auswirkungen auf das Mathematik- und Lesevermögen. Je mehr eine Schule ihren Unterricht auf Internet und Computer stützt, desto schlechter die Leistung der Kinder. Das sind richtig deutliche Effekte, die beinahe die Hälfte der Leistungsunterschiede zwischen Schulen erklären.“ (Torkel Klingberg, Professor für kognitive Neurowissenschaften). Deshalb will die schwedische Bildungsministerin Lotta Edholm die nationale Digitalisierungsstrategie stoppen und viel Geld in Schulbücher investieren, da „Lesen am besten durch Bücher gefördert wird“. Dies stimmt mit der Empfehlung der UNESCO überein, die den Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI) erst ab 13 Jahren empfiehlt.

### Moratorium für digitale Medien

Auch in Deutschland mehren sich kritische Stimmen. 40 Wissenschaftler verschiedener Unis forderten im November 2023 von der Landesregierung ein „*Moratorium der Digitalisierung in Kitas und Schulen*“, da die Schäden digitaler Medien für die Entwicklungs- und Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen längst nicht wissenschaftlich untersucht sind.

Sie verlangen, dass digitale Medien erst ab Ende der Unterstufe (Klasse 6, Alter 13 Jahre) eingesetzt werden sol-

len: „Die wissenschaftliche Erkenntnis ist inzwischen, dass Unterricht mit Tablets und Laptops die Kinder bis zur 6. Klasse nicht schlauer, sondern dümmer macht“, so der Medienexperte Lankau. Damit fordern die Forscher nicht nur die IT-Konzerne heraus, sondern auch deren politischen Sprachrohre bei den Grünen. Will doch der grüne Finanzminister Bayaz das Ländle zum Cyber Valley Deutschlands machen.

Besonders scharf greift Ralf Caspary (MdEP/CDU) im SWR die Wissenschaftler mit populistischer Polemik an. Er unterstellt ihnen, sie würden jeden Einsatz digitaler Medien in Schulen verbieten wollen.

Der Ulmer Professor und Neurologe Manfred Spitzer (Unterzeichner des Moratoriums) erwecke in seinen Büchern, „den Eindruck, wir seien auf dem Weg in eine völlig debile autistische Gesellschaft wegen Smartphone und Co. (...) Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, Schüler erst mit zehn Jahren mit den digitalen Medien in Berührung zu bringen, weil die ja angeblich so gefährlich sind. Das ist Denken aus der Kreidezeit, und die ist vorbei!“

**DIE LINKE** ist für einen begrenzten Einsatz digitaler Medien als Hilfsmittel ab der Mittelstufe (Klasse 7). Das Sprachförderkonzept der Kultusministerin ist schnellstmöglich umzusetzen und darf kein leeres Wahlversprechen werden. Sollten demnächst mehr ausgebildete Lehrkräfte für Grundschulen zur Verfügung stehen als nötig (Bertelsmann-Studie), dann ist der persönliche Umgang mit den Lernenden entscheidend für den Lernerfolg. Denn Lernen ist ein sozialer Prozess von Mensch zu Mensch – personal vor digital! (EP)

*Kurz und bündig*

### Schülerfahrten in den Bundestag gekürzt

Als „Haushaltseinsparungen“ kürzt der Bundestag ausgerechnet Fahrten von Schulgruppen zum Bundestag in Berlin um zwei Drittel von bisher 930.000 auf 260.000 Euro. Je Person und Kilometer wurden die Fahrten bisher mit vier Cent gefördert, bei 500 Kilometern also 20 Euro. In Berlin konnten die Schüler einer Sitzung des Bundestages beiwohnen, die Landesvertretung besichtigen und ein Gespräch mit der/dem Bundestagsabgeordneten ihres Wahlkreises führen. Die Bundesländer Baden-Württemberg und Sachsen kündigten gegen die Kürzung Widerstand im Bundesrat an. In Stuttgart forderte der Vorsitzende des Landesschülerbeirats Berat Gürbüz mehr Demokratie-Unterricht in den Schulen. Besonders die Programme der politischen Parteien kämen viel zu kurz.

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

## ... und tschüss!

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Im vierzehnten Jahr „Blättle“ sich zu verabschieden ist kein Versagen. Ich verabschiede mich ohne Groll, aber mit Wehmut. Unzensuriert konnte ich meine Beiträge veröffentlichen, selbstverständlich mit mehr oder weniger Zustimmung. Sie waren ja auch jeweils mehr oder weniger kritisch und lustig.

Das Alter macht sich inzwischen doch mehr als weniger bemerkbar: die Konzentrationsfähigkeit lässt nach und die Vergesslichkeit nimmt zu. Immer wieder neues Einarbeiten macht Mühe. Immer öfter verschwinden Texte in den Tiefen des Rechners auf unerklärliche Weise, wobei zu sagen ist, dass es nicht so unerklärlich ist, denn es sind schlicht Unaufmerksamkeiten, die dem Fehlerleufelchen zuspitzen.

Spas gemacht hat die Beschäftigung mit dem „Blättle“. Wenn Passanten von sich aus - ohne von uns angesprochen zu werden - nach „Neues aus dem Neckartal“ fragten, freute ich mich und war auch ein wenig stolz.

Wie es weiter geht, ist offen, ob weiterhin in Form auf Papier oder digitalisiert.

Mit ein Grund für mein Ermüden ist nicht zuletzt auch die veränderte politische Stimmungslage und die politische Situation. DIE LINKE ist nicht mehr DIE LINKE. Gespalten in zwei Gruppen - eher Grüppchen - wird wohl wenig politischer Druck von ihr ausgehen können. Was die nächsten Wahlen bringen werden, bleibt abzuwarten.

Selbstverständlichkeiten, die bis vor Kurzem noch galten, werden inzwischen demonstrativ artikuliert und gefordert. Hass und Hetze dominieren die Diskussionen.

Demokratie braucht Meinung und Gegenmeinung, ausgedrückt in Rede und Gegenrede, im fairen, gesitteten Streit, auf Demonstration und Gegen Demonstrationen. Aber eine Meinung ist kein Wert an sich. Sie muss begründet werden und dem Gegenargument standhalten. Man muss mit seinem Namen dafür einstehen und nicht anonym versteckt auf Marktplätzen, dort wo zumeist nur plakativ Floskeln getönt werden. Sie gehört in die Parlamente, wo hoffentlich inhaltsvoller debattiert wird. Aber auch das hat sich aus meiner Sicht stark verändert. Wer anderen Hass und Hetze vorwirft, sollte sehr auf seine eigenen Worte achten.

Wenn Frau Strack-Zimmermann (FDP) mit ihren 65 Jahren sagt „Je größer der Haufen Scheiße, umso mehr Fliegen sitzen drauf.“, dann geschieht dies nicht aus jugendlichem Leichtsinne, sondern zeugt von verfestigtem Denken. Wenn sie sich dann herausredet, sie habe doch niemanden und nichts direkt erwähnt, dann hätte sie darauf verzichten können. Sie hat es aber nicht. Waren die Parlamentskolleginnen und Kollegen der AfD und deren Wähler gemeint?

Viel Geschwurbel könnte man sich sparen, wenn Artikel 1 unseres Grundgesetzes beachtet würde: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ So einfach wäre es.

Ich verabschiede mich in der Hoffnung auf bessere Zeiten, auf die Zeit in der die Bezeichnung „Querdenker“ nicht der Diffamierung dient, auf der Begegnung von Bürgern nicht zu Geheimtreffen umdefiniert werden und darauf, dass wir wahrheitsgemäß informiert werden.

Liebe Leserinnen, liebe Leser, bleiben Sie gesund und mutig!

Norbert Kern, Wendelsheim

# DIE LINKE.

## Neues aus dem Neckartal

Termine:

- ◇ **Infostand von DIE LINKE**
- ◇ **Samstag, 24. Februar 2024**
- ◇ **10 - 12 Uhr, Metzelpfad**

**- Bitte Ort und Zeit (Donnerstag!) beachten -**  
**Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg**  
**29. Februar 2024**  
**19.00 Uhr, AWO-Heim, Ehinger Platz 7**

Kontakt zu **linksjugend rottenburg**:  
[facebook.com/solid-rottenburg-a.n](https://facebook.com/solid-rottenburg-a.n).  
E-Mail: [rottenburg@linksjugend-solid-bw.de](mailto:rottenburg@linksjugend-solid-bw.de)



**Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an**  
Dr. Emanuel Peter (EP)  
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg  
Tel.: 07472 42096, e-mail: [emanuelpeter@gmx.de](mailto:emanuelpeter@gmx.de)



**Redaktion und Gestaltung**  
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,  
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75  
72108 Rottenburg - Wendelsheim



**V.i.S.d.P.**  
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg